

**Stellungnahme des Hauptausschusses des Bundesinstituts für  
Berufsbildung zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2013  
der Bundesregierung**

Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung dankt dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Bundesinstitut für Berufsbildung für die Erstellung des Berufsbildungsberichtes 2013, der erneut einen umfassenden Überblick über die Entwicklung der beruflichen Bildung in Deutschland gibt.

Deutschland wird von vielen Ländern weltweit um sein Berufsbildungssystem beneidet. Die relativ geringe Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland ist auch eine Folge des nach wie vor hohen Übergangs junger Menschen von den allgemeinbildenden Schulen in die duale Ausbildung und dann in das Beschäftigungssystem. Die Jugendlichen werden berufsfeldbreit und praxisgerecht ausgebildet. Dieses duale System der Berufsausbildung gilt es zu erhalten und gleichzeitig weiter zu entwickeln. Dabei sind besonders die Sozialpartner gefordert, jedoch auch die Länder haben ein vitales Interesse an einer hervorragenden Ausbildung der Bürgerinnen und Bürger.

## **Ergänzendes Votum der Gruppe der Beauftragten der Arbeitgeber zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2013**

### **Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt weiterhin gut**

Die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist weiterhin erfreulich positiv. Die Ausbildungschancen für viele junge Menschen können auch 2012 mit „gut“ bezeichnet werden.

Zum 30. September 2012 waren, wie schon im Vorjahr, mehr unbesetzte Ausbildungsplätze (33.300) als unversorgte Bewerberinnen und Bewerber (15.700) bei den Agenturen für Arbeit und Jobcentern gemeldet. Die Zahl der zum Ende der Nachvermittlung noch unversorgten Bewerberinnen und Bewerber konnte deutlich auf 7.700 reduziert werden. Und das obwohl zu den Nachvermittlungsaktionen nur rund 50 % der eingeladenen Bewerberinnen und Bewerber erschienen sind. Zur guten Ausbildungssituation hat im Wesentlichen beigetragen, dass die Wirtschaft ihre im Rahmen des Ausbildungspaktes gemachten Zusagen, jährlich 60.000 neue Ausbildungsplätze und 30.000 neue Ausbildungsbetriebe zu gewinnen, erneut weit übertroffen hat. Dies schlägt sich auch in der erweiterten Angebots-Nachfrage-Relation nieder. Berechnet man diese ausschließlich bezogen auf die rein betrieblichen Angebote, liegt das Verhältnis zwischen betrieblichem Ausbildungsplatzangebot und Ausbildungsplatznachfrage der Jugendlichen in 2012 erneut leicht über dem Vorjahresniveau (2012: 89,1; 2011: 88,6).

Dennoch ist ein Rückgang bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen im Vergleich zum Vorjahr um -3,2 % zu verzeichnen. Dies ist zum einen eine Folge der demografischen Entwicklung und dem damit einhergehenden Rückgang der Schulabgängerzahlen (-1,6 %). Zum anderen liegt es am gezielten Abbau der außerbetrieblichen Ausbildung (-15 % im Vergleich zum Vorjahr), der von der Wirtschaft ausdrücklich begrüßt wird. Zusätzlich nehmen die Schwierigkeiten zu, das Angebot der Betriebe und die Nachfrage der Jugendlichen zueinander zu bringen. Die gegenüber dem Vorjahr gestiegene Zahl an unbesetzten Berufsausbildungsstellen (+12,1 %) zeigt diesen Gegensatz und die großen Herausforderungen für die Betriebe auf, ihren Fachkräftenachwuchs für die Zukunft zu sichern. Rein rechnerisch hätte auch in 2012 jede unbesetzte Ausbildungsstelle mehr als zweimal besetzt werden können.

Insgesamt müssen die Anstrengungen verstärkt werden, alle Potenziale für die Berufsausbildung zu erschließen und zum Beispiel auch leistungsstarke junge Menschen für eine duale Berufsausbildung zu gewinnen.

### **Bedarf der Betriebe an geeigneten Bewerbern wächst**

Es erweist sich als zunehmende Herausforderung auf dem Ausbildungsmarkt, Jugendliche und Betriebe passgenau zusammenzubringen. Dies zeigt sich auch darin, dass neben der Zahl an unbesetzten Berufsausbildungsstellen auch die Zahl der unversorgten Bewerber gestiegen ist (+38,2 %). Wenn junge Menschen keinen Ausbildungsplatz in ihrem Wunschberuf gefunden haben, sollten sie auch alternative duale Ausbildungsberufe in Betracht ziehen. Dafür müssen sie frühzeitig ein großes Spektrum an Berufen kennenlernen. Aus Sicht der Wirtschaft ist der Schlüssel dafür eine flächendeckende und praxisnahe Berufsorientierung in der Schule. Alle Schulen sollten mit Partnerbetrieben und mit der Bundesagentur für Arbeit kooperieren. So wie der Fachkräftemangel in einigen Regionen besonders hoch ist, stellt sich auch der Ausbildungsmarkt regional unterschiedlich dar. Jugendliche müssen dazu ermutigt werden, mobiler zu werden und auch Ausbildungsplätze außerhalb ihrer Heimatregion anzunehmen. Die bereits existierenden vielfältigen Unterstützungsmaßnahmen, wie zum Beispiel Jugendwohnheime, sollten dazu verstärkt und zielgerichtet eingesetzt werden.

### **Weitere Optimierung des Übergangsbereichs erforderlich**

Die Wirtschaft begrüßt, dass die Zahl der Anfänger im Übergangsbereich weiter zurückgegangen ist (2012: 266.732; 2011: 284.922). Dies ist nicht zuletzt der Bereitschaft der Unternehmen zu verdanken, zunehmend auch lernschwächeren Jugendlichen Ausbildungschancen zu geben. Dieser positive Trend entbindet Bund, Länder und Kommunen aber nicht von ihrer Verantwortung, die unübersichtliche Förderlandschaft des Übergangsbereichs deutlich zu lichten. In einer gemeinsamen Erklärung haben die Partner im Ausbildungspakt angemahnt, die vielfältigen Angebote besser aufeinander abzustimmen und zu bündeln. Oberstes Ziel müsse sein, Jugendliche mit Förderbedarf so betriebsnah wie möglich auf eine Ausbildung vorzubereiten. Angesichts einer Vielzahl offener Ausbildungsplätze muss die Vermittlung in eine Ausbildung oberstes Ziel sein. Gelingt dies nicht, sollten so viele Jugendliche wie möglich über eine betriebliche Einstiegsqualifizierung oder EQ-Plus fit für eine betriebliche Ausbildung gemacht werden. Zur Unterstützung der Betriebe und förderbedürftiger Jugendlicher sind mehr Kombinationen von EQs mit ausbildungsbegleitenden Hilfen nötig. Die Begleitforschung hat gezeigt, dass die Übergangsquoten von Einstiegsqualifizierungen mit mehr als 60 % weit höher liegen als die von schulischen Maßnahmen. Es befinden sich noch zu viele ausbildungsreife oder bedingt ausbildungsreife Jugendliche in schulischen Maßnahmen des Übergangsbereichs. Diese Reduzierung ineffizienter schulischer Übergangsmaßnahmen ist von besonderer Bedeutung,

da das große Angebot in vielen Bundesländern betriebliche Qualifizierung erschwert oder verhindert.

Ein optimaler Übergang in Ausbildung kann nur gelingen, wenn die allgemeinbildenden Schulen nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Ausbildungsreife und Berufsorientierung müssen vorrangig hier gesichert werden. Die Wirtschaft sichert jeder kooperationsbereiten Schule einen Partner aus der Wirtschaft zu. Auf das Berufsleben vorbildlich vorbereitete Schüler münden nur selten in den Übergangsbereich ein. Die Wirtschaft unterstützt auch die Maßnahmen der Bundesregierung im Rahmen der „Bildungsketten“. Gerade lernschwächere Jugendliche brauchen – aufbauend auf Potenzialanalysen – individuelle Begleitung und Unterstützung. Die Wirtschaft unterstützt die Förderung der Berufseinstiegsbegleitung an allen Schulen und fordert die Länder auf, die notwendigen Kofinanzierungsmittel bereitzustellen. Eine solche Ausweitung der Berufseinstiegsbegleitung hilft vielen Jugendlichen effektiv und schafft die Basis, andere Fördermaßnahmen beim Übergang von Schule in Ausbildung zurückzufahren. Die Wirtschaft regt in diesem Zusammenhang an, Schülerwerdegänge systematisch zu erfassen, um damit die Wirksamkeit der Berufsorientierung zu überprüfen und nachfolgende Angebote effektiv und passgenau gestalten zu können.

### **Berufsbildungskooperation in Europa intensivieren**

Das duale Berufsausbildungssystem hat sich auch im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise als sehr stabil und hoch leistungsfähig erwiesen. Es trägt maßgeblich dazu bei, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland (8,1 %) weit unter dem EU-Durchschnitt (23,4 %) liegt. Die hohe Anerkennung, die das duale System der Berufsausbildung in Europa gegenwärtig erfährt, sollte für die Intensivierung internationaler Berufsbildungsk Kooperationen genutzt werden. Entsprechend unterstützt die Wirtschaft die Aktivitäten der Bundesregierung beim Auf- beziehungsweise Ausbau betrieblicher Ausbildungsstrukturen in interessierten EU-Mitgliedsstaaten. In diesem Zusammenhang sollten zwei wesentliche Erfolgsfaktoren des dualen Systems in Deutschland besonders herausgestellt werden: das bewährte Prinzip der Sozialpartnerschaft sowie die Funktion von Kammern in der beruflichen Bildung.